



HESSISCHER LANDTAG

06. 06. 2019

Kleine Anfrage

Dr. Daniela Sommer (SPD) vom 03.05.2019

Gemeineschwestern in Hessen

und

Antwort

Minister für Soziales und Integration

Vorbemerkung Fragestellerin:

Gemeineschwestern in Hessen werden seit März 2018 gefördert. Ende März 2019 erhält die Landesregierung erstmals entsprechende Sachberichte sowie Dokumentationsbögen der Zuwendungsempfänger.

Diese Vorbemerkung der Fragestellerin vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Welche Inhalte umfassen die Sachberichte und den Dokumentationsbogen konkret?

Im Dokumentationsbogen ist der Anlass der Betreuung durch die Gemeineschwester, der Fokus des Hilfebedarfes und die Anzahl der erfolgten Hausbesuche quartalsweise zu erfassen.

Frage 2. Wie viele Hausbesuche wurden von jeder Gemeineschwester getätigt (bitte nach Landkreisen aufgeschlüsselt)?

Das Förderprogramm startete im II. Quartal 2018. Die seitdem vorgelegten Sachberichte zeigen, dass aufgrund der notwendigen Ausschreibungsverfahren und Qualifizierungsmaßnahmen die Arbeit der Gemeineschwestern in der Regel erst im IV. Quartal 2018 aufgenommen werden konnte. Die für das IV. Quartal 2018 vorgelegten Zahlen sind nicht repräsentativ, da in dieser Anfangsphase die Gemeineschwestern überwiegend Netzwerk- und Aufbauarbeiten geleistet haben. Zahlen zu späteren Zeiträumen liegen noch nicht vor.

Frage 3. Welcher Hilfebedarf war vorhanden und welche Hilfe wurde geleistet?

In den Dokumentationsbögen wurde folgende Kategorisierung der von den Gemeineschwestern festgestellten Hilfebedarfe vorgenommen:

- belastende, psychosoziale Situation/Vereinsamung,
- ungeklärte, häusliche Versorgungssituation,
- fehlendes Entlassmanagement,
- Unterstützung von Angehörigen.

Die Gemeineschwestern haben entsprechend dem festgestellten Hilfebedarf notwendige Hilfen, wie z.B. eine Beratung zur Wohnraumanpassung oder zum Hausnotruf, organisiert und Kontakte zu niedrigschwelligen, ehrenamtlichen Angeboten, wie z.B. Essen auf Rädern oder hauswirtschaftliche Hilfen, hergestellt. Auch wurde in Zusammenarbeit mit dem Pflegestützpunkt die Antragstellung auf Leistungen der Pflegeversicherung eingeleitet.

Frage 4. In wie vielen Fällen konnte eine weitere Hilfeleistung welches Berufsstandes vermittelt werden (bitte nach Landkreisen aufgeschlüsselt)

Die Antwort entnehmen Sie der Anlage 1.

Frage 5. Wie funktioniert die Zusammenarbeit von Gemeindeschwester mit Kommunen, Hausärztinnen, Hausärzte, Fachärztinnen und Fachärzte sowie Medizinische Versorgungszentren und anderen Einrichtungen der Gesundheitsversorgung auch in Bezug auf den telemedizinischen Austausch bei Terminen?

Alle Zuwendungsempfänger berichten von einer sehr guten Netzwerkarbeit.

Frage 6. Inwiefern werden Klienten zur Zufriedenheit und zur Hilfeleistung befragt?

Nach den Berichten der Gemeindeschwestern und ihrer Anstellungsträger herrscht eine hohe Zufriedenheit der aufgesuchten Kundinnen und Kunden. Eine Befragung der Personen, die von einer Gemeindeschwester beraten wurde, durch das Ministerium ist nur mit einem hohen, bürokratischen Aufwand verbunden und setzt die datenschutzrechtliche Einwilligung der Betroffenen voraus.

Frage 7. Sofern es eine Evaluation gibt, wie wird diese in die Beurteilung der Landesregierung sowie die angekündigte Weiterentwicklung einbezogen?

In die Evaluation und Weiterentwicklung der Landesförderung werden die Sachberichte der Anstellungsträger, die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Begleitung durch den Vogelsbergkreis sowie die Resultate eines für den 13. Juni 2019 geplanten Erfahrungsaustauschs mit den geförderten Gemeindeschwestern einfließen.

Frage 8. Welches erste Fazit zieht die Landesregierung aus den bis zum März 2019 erstmals vorgelegten Sachberichten und Dokumentationsbögen?

Die Landesregierung prüft derzeit, die Fördermodalitäten ab 2020 attraktiver auszugestalten, indem

- a) die Grundlage für die Eingruppierung der Arbeit von Gemeindeschwestern die Entgeltgruppe 9 TV-H wird,
- b) die Förderungen auch für einen mehrjährigen Zeitraum ausgesprochen werden können.

Frage 9. Wie will die Landesregierung dafür werben bzw. Sorge dafür tragen, dass weitere Kommunen, Hausärztinnen und Hausärzte sowie MVZ Anträge stellen, um möglichst eine flächendeckende Versorgung zu gewährleisten?

Siehe Antwort zu Frage 8.

Wiesbaden, 28. Mai 2019

Kai Klose

Anlagen

Auswertung Dokumentationsbogen

Anzahl	Hilfebedarf	Hilfestellung
		Bergstraße
5	belastenden psychosoziale Situation / Vereinsamung	Hausnotruf (2)/ Einbindung Pflegedienst (4) /Antrag Pflegegrad/geld (3)/ Netzwerkkontakte (3)/Einbindung Physio/Einbindung Beratungsstellen, Fachärzte und Therapeuten/ Einbindung Seniorenberatung
1	fehlendes Entlassmanagement	Einbindung Pflegedienst, Antrag Pflegegeld/Schwerbehinderung, Hausnotruf
		Vogelsbergkreis
3	ungeklärte häusliche Versorgungssituation	Hausnotruf / Freizeitberatung / Vermittlung Betreuung/ Antrag Pflegebedürftigkeit/ Beratung Hilfsmittel und Umbau/ Einbindung Pflegestützpunkt (2)/ Beratung Tagespflege (2)/ Motivation zu örtlichen Angeboten (2) Beratung oder Klärung Ehrenamt (2)/ Klärung Ernährung (2)+ Medikamentenmangement/ Motivation zu örtlichen Angeboten/
4	belastende psychosoziale Situation/Vereinsamung	
		Hersfeld-Rotenburg
18	belastende psychosoziale Situation/Vereinsamung	Begleitung +Motivation FIBA-Kurse (7) / Tagespflege oder Pflegedienst (2)/Beratung Familie (5)/ Motivation Wahrnehmung örtlicher Angebote (9)/ Einbindung Seniorenberatung und Pflegestützpunkt (6)/ hauswirtschaftliche Hilfe (4)/Pflegegeldantrag (3)
9	Unterstützung des Angehörigen	Pflegegeldantrag (Erhöhung) (3), Unterstützung Fahrdienst/ Beratung Familie/ Motivation Wahrnehmung örtliche Angeobte o. Ehrenamt (5)/Seniorenberatung
		Darmstadt-Dieburg

5 ungeklärte häusliche Versorgungssituation

4 belastende psychosoziale Situation/Vereinsamung

1 Unterstützung des Angehörigen

Beratung Wohnraumanpassung (2) / Beratung Hausnotruf
(3)/ Beratung Pflegegrad/ Beratung Tagesbetreuung
Beratung Tagesbetreuung (1)/ Antrag o Beratung
Pflegegrad (3)/ Beratung Hilfsmittel (2)
Info an Geriaterin

16 Ressourcenermittlung

Infogespräch verschiedenes (z.B. MDK,
Patientenversorgung, etc.)(4) / Einbindung Geriatrie (2) /
kein Bedarf (7) / Verschlechterungsantrag Pflege /
Beratung Wohnraumanpassung (1)/ Antrag
Schwerbehinderung